

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/16

Bonn, den 23. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Seiten</u>
2	<u>Vor leeren Regierungsbänken ...</u> Zur ersten Lesung des Atomteststopp-Abkommens	73
2	<u>Noch nicht dagewesen</u> Kriegsopfer, Parlament und Regierung	29
3 - 4	<u>Personalrätswahlen 1964</u> Für weitere Demokratisierung des öffentlichen Dienstes Von Fritz Zschiesche Betriebspolitischer Referent des SPD-Vorstandes	24
4	<u>Schlechte Aussichten für Spione</u> Erstaunliche Lockerung der Geheimhaltungsvorschriften in Ost und West	24
5 - 6	<u>Die deutsch-jugoslawischen Differenzen</u> Verhärtete Front zwischen Belgrad und Bonn Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	64

Chefredakteur Günter Markscheffel

23. Januar 1964

Vor leeren Regierungsbänken ...

Zur ersten Lesung des Atomteststopp-Abkommens

ler - Die Bundesminister - mit Ausnahme des Bundesaußenministers Schröder, der ja wirklich dabei sein mußte - fehlten; sie zogen andere Beschäftigungen vor als die Debatte zur ersten Lesung des Ratifikationsgesetzes zum Atomteststopp-Vertrag mit ihrer Anwesenheit zu beehren. Dies bedauerenswerte Desinteresse machte keinen guten Eindruck, immerhin handelte es sich beim Beratungsgegenstand um eine Angelegenheit von weitweiter, die Zukunft der Menschheit berührender Bedeutung. Ein aufmerksamer Beobachter des deutschen politischen Geschehens hat von einer Provinzialisierung der deutschen Politik gesprochen; das war gewiß eine zu weitgehende Bemerkung, doch am Beispiel der Abwesenheit der Bundesminister ließe sie sich wohl belegen.

Immerhin: der Deutsche Bundestag wird, das ging aus der ersten Lesung hervor, auch in der dritten Lesung die Ratifizierung einstimmig verabschieden. Noch vor einigen Monaten war das nicht so sicher gewesen. Sind die Gegner des Abkommens inzwischen eines Besseren belehrt worden, haben sie eingesehen, daß sie der deutschen Sache den allerschlechtesten Dienst erweisen würden, beständen sie auf ihrer früheren These, dieses Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion erinnere an München? Franz Josef Strauß, der Vater dieser vom Mißtrauen gegen die USA gespickten These, hat in dieser Debatte geschwiegen, Daß innerhalb der Regierungsparteien, und vor allem innerhalb der CDU/CSU, Unsicherheit, Ungewißheit, wenn nicht gar Ratlosigkeit über den künftig einzuschlagenden Weg deutscher Politik in einer Welt, die in Bewegung geraten ist, bestehen, offenbarte der Debattenbeitrag des Freiherrn von und zu Guttenberg. Sein Bemühen, in die Rede Fritz Ehlars etwas hineinzuinterpretieren, das mit Geist und Inhalt dieser Rede nicht in Einklang zu bringen war, war ein, freilich mißglückter Versuch, eine überwundene Frontstellung neu aufzureißen.

Dieser Vorstoß galt allerdings weniger den Sozialdemokraten als vielmehr dem Außenminister Schröder, dessen vorsichtige Politik der Beweglichkeit und Anpassung an eine sich verändernde Wirklichkeit nicht gerade ermunternden Zuspruch in den eigenen Reihen findet. Im Schoße der Regierungsparteien sitzt der Zweifel. Frühere Selbstsicherheit und Kraftgefühle gingen verloren. Die CDU/CSU weiß nicht, wie sie sich zurechtfinden soll in einer Welt, in der die stärksten Erschütterungen der westlichen Allianz nicht vom Ostblock, sondern von de Gaulle und seiner Eigenwilligkeit ausgehen. Es gehört schon ein starkes Stück von Selbsttäuschung dazu, der ihr Herr von und zu Guttenberg unterlag, als er die bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Peking rechtfertigte, obwohl diese Aufnahme ohne vorhergehende Konsultation der Verbündeten erfolgte, und gleichzeitig verlangte, der Westen, der durch de Gaulle geschwächte Westen, möge mit der Sowjetunion die allerhärteste Sprache bei den Verhandlungen um Entspannung führen. Welche Inkonsequenz, welche Verkommen der tatsächlichen Möglichkeiten ...

Viele Abgeordnete innerhalb des Regierungslagers werden sich, so schmerzlich das auch für sie sein mag, dem Prozeß eines Umdenkens nicht entziehen können. Mit ihren alten Denkvorstellungen kommen sie nicht weiter, Damit landen sie in der Sackgasse. Dieser Prozeß des Umdenkens heißt gewiß nicht, das Ziel deutscher Politik, wieder ein

Volk und ein Staat in gesicherter Freiheit zu sein, aufzugeben. Die deutsche Wiedervereinigung bleibt auf der Tagesordnung der Weltpolitik. Die Ziele bleiben, die Wege dorthin erfordern Phantasie, Ideenreichtum, aber auch ein Höchstmaß an innerer Geschlossenheit. Ein in sich zerrissenes Volk wird kein Gehör bei anderen Völkern finden. Es gilt, eine nach dauerndem Frieden hungernde Welt von der Redlichkeit deutscher Politik zu überzeugen.

Noch manche Stürme um das deutsche Haus stehen bevor, manche Nervenproben werden zu bestehen sein. Sind wir darauf vorbereitet? Die Genfer Abrüstungsverhandlungen bewegen sich nicht mehr allein in der Sphäre des Propagandistischen - Russen, Amerikaner, Briten und Neutrale suchen nach Wegen, wo sich ihre gemeinsamen Interessen decken. Hier die deutschen Chancen durch Leistung konstruktiver Beiträge wahrzunehmen, bleibt das Gebot deutscher Außenpolitik. Um es zu erfüllen, bedarf es freilich mehr Wachsamkeit und Selbstvertrauen als vergiftendes Mißtrauen.

+ + +

Noch nicht dagewesen

Kriegsopfer, Parlament und Regierung

sp - Das hat es in der Parlamentsgeschichte der deutschen Nachkriegszeit noch nicht gegeben. Das Parlament, also auch die Parteien, die die Regierung stellen, hat sich gegen die Regierung durchgesetzt. Bundeskanzler Erhard verlor einige Blätter aus seinem Lorbeerkranz. Seine Idee - oder war es die Idee nicht gut beratender Berater - die Renten der Kriegsopferversorgung nur stufenweise zu erhöhen, erlitt Schiffbruch, ebenso sein Verlangen, es dürfte in den Haushaltspositionen nicht die geringsten Änderungen vorgenommen werden, allenfalls werde er von Vetorecht Gebrauch machen. Die Koalitionsparteien standen vor der peinlichen Wahl: sollten sie den Willen Erhards respektieren oder den berechtigten Forderungen der Kriegsopfer nachgeben? Nach langem Hin und Her entschieden sie sich für die Kriegsopfer, entdeckten, auch ohne die Regierungsvertreter anzuhören, die Mittel zur Finanzierung der Erhöhung der Kriegsopferrenten und setzten damit ihren eigenen Kanzler ins Unrecht. Die Opfer zweier Weltkriege mögen sich selbst einen Reim darauf machen. Ohne die parlamentarische Opposition hätten die Koalitionsparteien ihr Gaukelspiel wohl noch etwas weiter getrieben.

Erhard selbst scheint nicht allzu viel von der Volkvertretung zu halten. Er hielt es für schicklich, dem Parlament auf dem kürzlich stattgefundenen Arbeitnehmerkongreß der CDU/CSU Zensuren mit den Bemerkungen zu erteilen, wer glaube, er könne sich durchmogeln, richte die Politik zugrunde... wenn die Abgeordneten dies noch nicht bemerkt haben sollten, das deutsche Volk sei sich längst darüber klar. Der einfache Tatbestand ist: ohne den erklärten Willen des Parlaments wären die Kriegsopfer zu kurz gekommen und ihre Rechte wären nicht berücksichtigt worden. Oder meinte mit dem "Sichdurchmogeln" der Bundeskanzler nicht das ganze Parlament? Hatte er dabei nur die Abgeordneten der Regierungskoalition im Blickfeld?

+ + +

Personalrätewahlen 1964

Für weitere Demokratisierung des öffentlichen Dienstes
Von Fritz Zschiesche
Betriebspolitischer Referent des SPD-Vorstandes

Zum fünften Mal wählen die bei der Verwaltung des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter nach dem seit 1955 gültigen Personalvertretungsgesetz in den ersten Monaten dieses Jahres ihre Personalräte und Jugendvertreter.

Diesen Wahlen, die leider immer noch, was das Interesse der Öffentlichkeit anbetrifft, im Schatten der Betriebsrätewahlen stehen, kommt für die Demokratisierung des öffentlichen Dienstes eine große Bedeutung zu. Die hohe Wahlbeteiligung und das starke Interesse an der Personalrätarbeit in der Vergangenheit beweisen, daß die Bediensteten dieser Verwaltungen und Betriebe in ihrer Gesamtheit gewillt sind, von ihren demokratischen Rechten auch Gebrauch zu machen.

Die an diesen Wahlen beteiligten Gewerkschaften haben seit Monaten alle Anstrengungen unternommen, charakterlich und fachlich geeignete, gut informierte und geschulte Kandidaten ausfindig zu machen oder bewährte Personalräte erneut zu nominieren. Entscheidend für eine erfolgreiche Personalrätarbeit ist die Wahl gewerkschaftlich organisierter Personalvertreter, da nur sie in der Lage sind, die berechtigten Interessen ihrer Kollegen und Kolleginnen durch die Unterstützung ihrer Gewerkschaft wirkungsvoll zu vertreten. Die in den vergangenen Jahren erzielten Erfolge in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes waren überhaupt nur möglich als Ergebnisse gemeinsamer Anstrengungen von Personalräten und Gewerkschaften.

Den Anfang bei den diesjährigen Personalrätewahlen machen die Bediensteten des größten bundeseigenen Betriebes, nämlich der Deutschen Bundesbahn. Rund 475.000 Beamte, Angestellte und Arbeiter gehen hier vom 17. bis 19. Februar zur Wahlurne und wählen erneut 19.000 Personalvertreter in den örtlichen Dienststellen, bei den Bundesbahndirektionen und bei der Hauptverwaltung.

Die Vorbereitungen zu diesen in 4.700 Dienststellen erfolgenden Wahlen wurden in diesen Tagen abgeschlossen. Zur Wahl stellen sich die Kandidaten der Gewerkschaften der Eisenbahner Deutschlands (GdED) und in Listenverbindungen die der Gewerkschaft Deutscher Lokomotiv-

23. Januar 1964

beamten und Anwärter (GDL), der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter (GDBA) sowie der Christlichen Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner (CGDE).

Bei den letzten Personalrätewahlen 1962 konnte die GdED den weitest- aus größter Anteil der Personalräte, nämlich mehr als 16.000 stellen. Im 25 Personen umfassenden Hauptpersonalrat, der auf der Ebene der Bundesbahn-Hauptverwaltung wirkt, ist die GdED mit 19 Personalräten vertreten.

Selbstverständlich sind auch die bei der Deutschen Bundesbahn be- schäftigten 10.500 spanischen, italienischen, griechischen und tür- kischen Gastarbeiter wahlberechtigt. Sie wurden durch mehrere Schriften der Gewerkschaften in ihrer Muttersprache über die Tätigkeit der auch ihre Interessen vertretenden Personalräte und damit über die Bedeutung dieser Wahlen für sie hinreichend aufgeklärt. Durch die Praxis der täglichen Personalrätearbeit haben sie längst begriffen, daß gegen- seitiges Vertrauen die beste Garantie für die Überwindung vorhandener Schwierigkeiten am Arbeitsplatz ist.

Die Berichte der Personalräte und die gefaßten Beschlüsse zur weiteren Verbesserung der Personalrätearbeit auf den Gewerkschafts- tagen und Personalrätekonferenzen der hinter uns liegenden Legislatur- periode haben bewiesen, daß vor den neu zu wählenden Personalräten große Aufgaben stehen und daß es auf ihre Fähigkeit und Bereitschaft, sich rückhaltlos für ihre Kollegen und Kolleginnen einzusetzen, an- kommt, weitere personelle, soziale und wirtschaftliche Verbesserungen für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes durchzusetzen.

* * *

Schlechte Aussichten für Spione

sp - Parallel zur Annäherung von Paris an Peking nehmen sich An- zeichen für ein engeres Zusammenrücken von Washington und Moskau. Die Bürger der Sowjetunion wurden dieser Tage dadurch überrascht, daß die ISWESLJA, deren Chefredakteur der Schwiegersohn Chruschtschows, Adshubej, ist, den vollen Wortlaut der Antwort des amerikanischen Präsidenten Johnson auf Chruschtschows Neujahrsbotschaft veröffentliche. Jetzt können sowjetische und amerikanische Wissenschaftler gemein- sam den "Relay II", der seit 48 Stunden um die Erde kreist, für ihre Experimente zur Übertragung von Weltraumsendungen benutzen. Schon die Vorbereitungen zu diesem Start, der in Kalifornien erfolgte, sind von sowjetischen und amerikanischen Wissenschaftlern und Technikern gemeinsam getroffen worden.

Erstaunliches hört man auch aus Genf. Im Gegensatz zu früheren Abrüstungskonferenzen werden diesmal sonst streng geheim gehaltene Verhandlungsprotokolle und sogar Detailvorschläge mit einer geradezu verblüffender Offenherzigkeit zahlreicher Journalisten zugänglich ge- macht. Abrüstungsexperten erklären, die Lockerung der Geheimhaltungs- vorschritten mit dem Hinweis darauf, daß es heutzutage in der gesamten Rüstungsmaterie praktisch keine Geheimnisse mehr gebe, da die Wissen- schaftler und Techniker in Ost und West bei ihren Versuchen von in der ganzen Welt bekannten Formeln und Erfahrungsgrundsätzen ausgehen. Die Folge davon sei - so wird in Genf behauptet - daß es sich deshalb nicht mehr lohne, kostspielige Spionagedienste und ähnliche "Apparate" zu unterhalten. Schlechte Aussichten für Spione !

* * *

Die deutsch-jugoslawischen Differenzen

Verhärtete Front zwischen Belgrad und Bonn

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Der bilaterale Rahmen der deutsch-jugoslawischer Problematik ist in diesen Tagen endgültig gesprengt und auf die internationale Ebene gehoben worden. Dies ist nicht Überraschend, denn nach dem erfolglosen Ausgang der deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsgespräche und insbesondere der Aussichtslosigkeit deutsche Wiedergutmachungszahlungen für die jugoslawischen Opfer des nationalsozialistischen Terrors zu erhalten, deutete sich dies in Belgrad bereits seit längerer Zeit an. Hätte man unter günstigeren Bedingungen vielleicht noch den Fortgang der Sondierungen zwischen Bonn und Belgrad abgewartet - Botschafter Schlitter aus dem Auswärtigen Amt in Bonn hat seinen ursprünglich bereits im November angezeigten Besuch noch nicht verwirklicht, dürfte jedoch im Februar hier erscheinen -, so haben die Vertagung des Ustaschiprozesses gegen die Attentäter auf das Gelände der ehemaligen jugoslawischen Botschaft in Bad Godesberg sowie die Anklage des Recklinghausener Anwalts Schüttler gegen den jugoslawischen Außenminister Popovic die Belgrader Gegenaktionen nur noch beschleunigt.

Jugoslawische Gegenoffensive

Auf zwei Linien bewegt sich die jugoslawische Gegenoffensive: auf der publizistischen und politischen. Eine ganze Reihe von Zeitungen, die meisten davon im Westen, sind dazu bewegt worden, auf der Grundlage Belgrader Materials den jugoslawischen Ansichten über das unerfreuliche Wirken der kroatischen Ustaschiorganisationen auf dem Boden der Bundesrepublik Gehör zu verschaffen. Diese Frage ist gleichzeitig mit dem Problem der bisher von Bonn abgelehnten Entschädigungszahlungen gekoppelt worden. In Schweden, Norwegen, Frankreich, Belgien und der Schweiz haben sich in diesem Zusammenhang bereits gewichtige Stimmen gegen die Bundesrepublik erhoben. Weitere dürften folgen.

Wird Belgrad UNO-Unterstützung gegen Bonn suchen?

Aber Belgrad will sich ganz offensichtlich nicht nur damit begnügen, die öffentliche Meinung gegen die Bundesregierung zu mobilisieren. Die soeben bekanntgewordene jugoslawische Demarche bei der belgischen Regierung in Brüssel, wobei diese gebeten worden ist, die jugoslawischen Wiedergutmachungsforderungen gegenüber Bonn zu unterstützen, macht deutlich, daß Belgrad ein größeres Repertoire politischer Mittel einzusetzen gedenkt. Es kann als sicher gelten, daß die jugoslawische Regierung sich an die alliierten Mächte der Anti-Hitler-Koalition mit der Bitte um Unterstützung ihrer Forderungen wenden wird. Mit welchem Erfolg, das mag auf einem anderen Blatt stehen. Ist es doch sehr unsicher, ob viele der heute mit der Bundesrepublik in der NATO verbündeten Länder Belgrad viel mehr als wohlwollendes

Gehör schenken werden. Doch darüber hinaus scheint in Belgrad die Bereitschaft zu bestehen, daß Problem gegebenenfalls selbst der UNO oder anderen internationalen Gremien zu unterbreiten.

Jugoslawien rechnet auch im Westen mit Sympathie
für seine Wiedergutmachungsforderungen.

Muß auch die Frage offen bleiben, ob Belgrad auf diese Weise die Bundesregierung gefügiger machen kann, sollte man doch nicht allzu leicht über die möglichen Konsequenzen der jugoslawischen Aktivität hinweggehen. Es steht außer Zweifel, daß in bestimmten Bevölkerungskreisen der angesprochenen Länder die jugoslawischen Forderungen an Bonn mit Sympathien aufgenommen werden. Das bezeugt bereits die Stellungnahme namhafter europäischer Blätter. Aber selbst unter westlichen Diplomaten Belgrads hört man Befürchtungen, daß die Haltung Bonns gegenüber Jugoslawien die Position des Westens in diesem Lande schwächen könnte. Die sich außerdem abzeichnende Konferenz der blockfreien Staaten könnte im Stile der Belgrader Konferenz von 1961 wieder ein unangenehmes Ringen um die deutsche Frage bescheren, wobei es nicht unbedingt sicher ist, ob nicht diesmal der eventuell von Belgrad unterstützten Zwei-Staaten-Theorie mehr Erfolg beschieden sein könnte als damals.

Längst nicht mehr ein handelspolitisches Problem

Das ist die Situation an den verhärteten deutsch-jugoslawischen Fronten. Wie schon vor Anbeginn der Bonn-Belgrader Kontakte, die unter der Firmenbezeichnung "Handelsgespräche" aufgenommen wurden, vorauszusehen war, sind die Wiedergutmachungszahlungen zum zentralen Problem der künftigen deutsch-jugoslawischen Beziehungen geworden.

Heute ist vom Handel kaum noch die Rede. Der hat sich ohnehin auch ohne formales deutsches Entgegenkommen für Belgrad sehr günstig entwickelt. Im Jahre 1963 konnte Jugoslawien seine Exporte in die Bundesrepublik gegenüber 1962, als bereits eine starke Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen gewesen ist, um weitere 15 Prozent steigern. Somit stellt sich die Frage der deutsch-jugoslawischen Beziehungen heute nicht mehr als ein handelspolitisches, sondern außenpolitisches Problem, das die bilateralen Grenzen noch weiter zu sprengen droht.